

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
65. Plenarsitzung, Mittwoch, 19. September 2018

Aktuelle Debatte der CDU-Landtagsfraktion
„Kerosinablass über Rheinland-Pfalz ernst nehmen: Gefahren zeitnah
und gründlich erforschen, mehr Transparenz herstellen, Alternativen
zum Kerosinablass entwickeln“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

19.09.2018

Anrede,

über Rheinland-Pfalz wird so viel Kerosin wie über keinem anderen Bundesland abgelassen. Im Jahr 2017 waren es etwa 370 Tonnen Treibstoff, die über der Pfalz, dem Hunsrück und der Eifel niedergingen.

Umstritten sind die Folgen für Mensch und Natur. Wie viel von dem abgelassenen Kerosin verdunstet? Im Sommer? Im Winter? Wie viel kommt auf dem Boden auf? Inwiefern ergeben sich negative Auswirkungen auf unsere Gesundheit und die Umwelt? Und um wie viel gefährlicher ist der Treibstoff, den Militärmaschinen verwenden?

Bisher fehlt es an ausreichenden Erkenntnissen. Studien hierzu sind teilweise 25 Jahre alt. Derzeit laufen neue Untersuchungen zu den Risiken, doch dafür werden nur neue Berechnungen ange stellt, gemessen wird nicht. Bei alledem, kein Wunder,

- dass die Bevölkerung in den betroffenen Regionen verunsichert ist,
- dass sich Bürgerinnen und Bürger sorgen, wenn sie hören, dass wieder Kerosin etwa über dem Pfälzerwald abgelassen worden ist.

Anrede,

es ist sowohl Aufgabe der Politik – von uns als Politikern auf allen politischen Ebenen – als auch Aufgabe der Fluggesellschaften, Unsicherheiten zu klären und eventuellen Gefährdungen entgegenzuwirken. Die Menschen haben ein Recht auf Transparenz und Klarheit. Allzulange Zeit ist unklar gewesen, wo genau auf der Strecke ein Flieger wieviel Kerosin ausschüttet.

Überhaupt ist größtmögliche Transparenz ein entscheidender Punkt. Dazu gehört,

- dass die Bevölkerung umgehend zeitnah informiert wird, wenn Flugzeuge Treibstoff ablassen haben,
- dass den Ursachen konsequent nachgegangen wird,
- dass Treibstoff-Ablässe öffentlich dokumentiert werden. Vor allem, wenn technische Ursachen dem Kerosinablass zu Grunde liegen.

Um Verbesserungen in diesem Bereich zu erzielen, hat sich die CDU-Fraktion persönlich an das Bundesumweltministerium sowie mehrfach an das Bundesverkehrsministerium gewandt. Von Seiten des Bundesverkehrsministeriums können wir zwei Zusagen mitteilen:

1. Das Ministerium hat zu Wochenbeginn angekündigt, alle relevanten Daten zu einem Kerosinablass künftig unmittelbar im Internet auf der Seite der Deutschen Flugsicherung zu veröffentlichen.
2. Darüber hinaus hat gestern das Bundesverkehrsministerium angeboten, zeitnah eine Informationsveranstaltung zum Thema „Kerosinablass“ mit verschiedenen Experten in Rheinland-Pfalz durchzuführen – was ich sehr begrüße.

Das sind zwei konkrete Schritte – die helfen, Transparenz herzustellen, aber alleine noch nicht ausreichen.

Frau Ministerpräsidentin,

ich unterstütze, dass Sie gegenüber dem Bund auf mehr Forschung drängen, um synthetische Kraftstoffe in überschaubarer Zeit zu entwickeln. Aber wir sehen auch Sie, die Landesregierung, in der Pflicht: Prüfen Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten zügig Optionen, die zu einer Verbesserung der aktuellen Praxis führen können. Der reine Fingerzeig nach Berlin reicht nicht. Bisher haben Sie nicht gesagt, was sie selbst konkret angehen wollen. Die CDU-Fraktion fordert Sie deshalb auf: Ergreifen Sie – in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Bund – weitere Maßnahmen. Eckpunkte dafür sind unter anderem:

- Tatsächliche Messverfahren, um vor Ort festzustellen, welche Auswirkungen der Kerosinablass auf Mensch und Natur in den betroffenen Regionen hat.
- Konkrete Messungen, ob und wie viel Kerosin die Bäume und den Boden erreicht.
- Die Erforschung alternativer Verfahren zum Kerosinablass.

Anrede,

nicht nur Bund und Land, vor allem auch die Flugzeughersteller und Fluggesellschaften sind in der Verantwortung, den Kerosinablass so gering wie nur irgend möglich zu halten und Risiken für Mensch und Natur zu minimieren. Wir haben deshalb an die Lufthansa geschrieben und sie gebeten, mit der CDU-Landtagsfraktion und betroffenen Interessengruppen zu sprechen.

Anrede,

der Ablass von Kerosin darf nur das letzte Mittel in einer Krisensituation sein. Vor allem technische Fehler, die einen Kerosinablass nötig machen, müssen weitestgehend ausgeschlossen werden.

Derzeit finden bei technisch bedingten Ablässen keine amtlichen Untersuchungen statt. So bleibt unklar, ob Wartungsfehler, Konstruktionsmängel oder fehlerhafte Ersatzteile für den Ablass von Kerosin ursächlich waren. Für diese Fälle gilt zu prüfen, inwieweit verpflichtende amtliche Untersuchungen eingeführt werden können – auch um Vermutungen zu begegnen, wonach Fluggesellschaften Kerosinablässe billigend aus wirtschaftlichen Gründen in Kauf nehmen.

Unabhängig davon, ob eine kritische Situation vorliegt oder nicht – schlage ich einen Fonds vor, in den Airlines einzahlen müssen, wenn sie Kerosin freigesetzt haben. Lassen Sie uns über eine Gebühr nachdenken, die nach Ablasshöhe, Menge und Gefährlichkeit der Inhaltsstoffe gestaffelt zu zahlen ist. Ich halte eine solche Gebühr nach dem Verursacherprinzip als „Ausgleichsmaßnahme“ für zügig umsetzbar und wirkungsvoll. Die entsprechenden Mittel könnten beispielsweise für die Installation von Luftmessstationen oder für die Erforschung neuer Treibstoffarten verwendet werden.

Anrede,

die Freiheit über den Wolken darf eben nicht grenzenlos sein. Natürlich stellt niemand die Dringlichkeit von einem Treibstoff-Ablass in einer Notsituation in Frage. Aber es muss auch alles dafür getan werden, dass dies die absolute Ausnahme bleibt.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

aufgrund der Wichtigkeit dieses Themas, wegen der Sorgen in der Bevölkerung; bietet die CDU-Fraktion an, dass wir im Rahmen dieser Plenarsitzung ein Signal der Geschlossenheit senden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür einsetzen, das Kerosinproblem in den Griff zu bekommen.

Vor diesem Hintergrund ist auch zu diskutieren, ob wir am morgigen Tag einen gemeinsamen Antrag verabschieden. Wir wollen den Antrag der Regierungsfractionen um einige Impulse ergänzen und ich darf jetzt schon an Sie appellieren: Stimmen Sie zu!